

Erscheint täglich
mittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., vierteljährlich 1.50 J.
Jahresabonnement 16.50 J.
Die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Erhaltungsbefolge), durch
die Post nicht bezugsbar, folgt
monatlich 10 J., vierteljährlich 30 J.

Wohlfahrt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weizensfeld-Beitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Wohlfahrt-Dr. 1897.

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1001.

Telegraphen-Adresse: Wohlfahrt Halle/Saale.

Nr. 155

Halle a. S., Mittwoch, den 6. Juli 1898

9. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Nur vier Abgeordnete des neuen Reichstags waren bereits Mitglieder des konstituierenden Norddeutschen Reichstags im Jahre 1867. Es sind dies unser Genosse Aug. Bebel, Eugen Richter, Graf Dampf (Vorsitzender der Deputation) und Freiherr v. Sillam. Die beiden sind zudem die einzigen Abgeordneten, die seit 1867 ununterbrochen dem Reichstage angehört haben.

Ein neues Sozialistengesetz als Antwort auf den Ausfall der Reichstagswahlen wird in verschiedenen Zeitungen, die sich offizieller Bedeutung erheben, gefordert. Das Organ für Sozialmacherei, die Post, macht die Rolle des Reichstags sehr deutlich. Von einer Fortsetzung der Sozialpolitik, die einst als alleiniges Heilmittel in Frage kam, ist nicht mehr die Rede. So ist denn die Zukunft vorhanden, bemerkt dazu die Berl. Volkszeitung, daß ein im Sinne des verflochtenen Sozialistengesetzes geführter Kampf die Stimmen der Sozialdemokratie, die jetzt vom Vormarsch auf 2.150.000 bereinigt worden sind, bis zur nächsten Reichstagswahl um abermals ein paar mal hunderttausend Stimmen vermehren wird.

Ein **sozialistischer Landrat** hat ein recht wirksames Mittel erfahren, die sozialdemokratische Agitation lahmzulegen. Vom sozialdemokratischen Wahlkomitee in Königsberg war an einen Genossen im Kreise Labiau ein Paket Flugblätter geschickt. Der Briefträger fand den Mann nicht zu Hause und ließ das Paket, welches er auf dem weiten Wege nicht mitnehmen wollte, beim Gähwirth des Ortes zurück, um es auf dem Rückwege abzugeben. Beim Gähwirth sah der Gemeindevorsteher das Paket und beschlagnahmte dasselbe. Damit war die Post nicht einmündig. Sie erhielt aber statt der verlangten Genehmigungen das Paket sei dem Landrat zugestellt. Als nun das Paket von diesem gefordert wurde, teilte er in einem Schreiben, welches die Oberpostdirektion in Königsberg dem Wahlkomitee zugesandt, mit, die Flugblätter seien schon vernichtet. Selbstverständlich wird die Bestrafung des Landrats beantragt werden.

Sozialdemokratie und Industriearbeiter. Die Sozialen Prognostik des früheren Ministers v. Bismarck berechnet, daß die Sozialdemokratie von der Gesamtzahl der Reichstagswähler nur ten fünften bis sechsten Teil und auch von den Industriearbeitern nur etwa den zehnten Teil hinter sich habe. Die Rechnung ist sehr falsch. Nach der Zählung von 1895 hatte Deutschland etwa 5 Millionen Lohnarbeiter im wahlberechtigten Alter. Werden hiervon die 2 Millionen Landarbeiter und landwirtschaftlichen Arbeiter abgezogen, da unter denselben die sozialistische Erkenntnis noch recht wenig gebrungen ist, oder die — namentlich auf dem Lande — nicht zu wählen können, wie sie gern möchten, so bleiben 3 Millionen wahlberechtigte Industriearbeiter übrig. Von diesen hat also die größte Mehrzahl schon die sozialistische Erkenntnis gewonnen, und das nächste Mal wird der Prozentnach noch wesentlich größer sein; denn das Wasser geht nach und nach zum Kochen.

Offiziere als Postdirektoren. Unlängst hat in Esch ein Postdirektor und Unterricht a. D. im Alter von 25 Jahren. In diesem Alter kann ein gelernter Postbeamter noch lange nicht Postdirektor sein. Denn ist ein Militärinterim im Alter von 20 Jahren als Cewe in den Postdienst eingetreten und hat er nach drei Jahren sein Sekretariat erlangen, so wird er mit 23 Jahren Postpraktikant und mit 25 oder 26 Jahren als Postdirektor einsatzfähig angestellt. Nach Ablegung des höheren Examen für den Post- und Telegraphendienst wird er dann, wenn alles sehr flott geht, mit 27 oder 28 Jahren Oberpostdirektionssekretär. In dieser Stellung verbleibt er drei bis fünf Jahre, wird dann Postoffizier, quinquennaliter ebenfalls für 3 bis 5 Jahre. Im Alter von 35 bis 38 Jahren kann er dann Direktor eines kleineren Postamtes werden, meist aber wird er zuerst noch eine Reihe von Jahren im Postdienst, als Postinspektor, verwendet und erhält dann erst im Alter von 40 bis 45 Jahren die Direktionsstelle eines Postamtes. Es giebt aber Postämter genug, die, obgleich sie als Etwas eingetretener sind, alle Examina bestanden, sich stets dienlich bewährt und tadellos geführt haben, trotzdem es überhaupt nicht bis zum Postdirektor gebracht haben, sondern als Oberpostdirektionssekretäre festsitzen geblieben und schließlich als solche pensioniert worden sind. Andererseits giebt es genug höhere Postbeamte, die ebenfalls allen vorgezeichneten Bedingungen genügt und in dienstlicher und außerdienstlicher Beziehung sich jederzeit bewährt haben, trotzdem aber im Alter von 47 bis 50 Jahren noch immer Oberpostdirektionssekretäre sind und auf ihre Ernennung zum Postdirektor warten. — Welch ein Gegensatz zwischen der Laufbahn des Fachmannes und des militärischen oder bürokratischen Offiziers, also des Mannes im Postfach! Ein pensionierter Sekondeleutnant war bereits im Alter von 28 Jahren Postdirektor; ein als Militärinterim bei der Postverwaltung eingetretener Cewe wartet unter Um-

fänden noch im Alter von 48 Jahren auf seine Ernennung als Postdirektor! Solcher Offizierspostämter giebt es im ganzen 132, und zwar 7 Aemter für Subpostinspektoren, Gehalt 4400 bis 5400 M., 43 Aemter für Hauptleute bzw. Rittmeister erster Klasse, Gehalt 3800 bis 5000 M., 48 Aemter für Hauptleute und Rittmeister zweiter Klasse, Gehalt 3400 bis 4600 M., 34 Aemter für Leutnants, Gehalt 3000 bis 4200 M. — Und da wunderlich die Leitung der Reichspost, wenn unter ihren Beamten die Unzufriedenheit wächst!

Aus Pöblistik Reich. Vor dem Schwurgericht zu Duisburg stand ein Pöblist, angeklagt der Unterschlagung. Es stellte sich heraus, daß der Mann ein monatliches Einkommen von 1000 und 1000 66 M. hatte; hierauf wurde aber noch teilweise die übliche Kautions, bis zu monatlich 8 M. in Käuf gebracht, so daß ein Einkommen von 58 M. monatlich blieb. Und der Mann war verheiratet. Wie ein Mensch von einem derartigen Gehalt eine Familie ernähren soll, wäge uns einmal der Generalspostmeister Pöblist ausrechnen. Daß bei derartigen Entlohnungen nicht noch mehr Unterschlagungen vorkommen, ist wirklich zu verwundern. Hier handelte es sich um annähernd 300 M., wofür der „Verbrecher“ 7 Monate Gefängnis erhielt.

Mit der Schließung der Feenpalastversammlung der Getreidehändler in Berlin beschloß sich am Sonnabend das Oberverwaltungsgericht in Berlin. Am 11. Juni 1897 bedrohte der Polizeipräsident von Berlin die Versammlung im Falle der Fortsetzung mit Exekutionsschloßnahme. Der Verein der Getreidehändler im Feenpalast legte gegen dieses Verbot des Polizeipräsidenten Rekurs ein bei dem Bezirksamt, nahm aber zugleich sofort Abstand von der Fortsetzung der Versammlungen. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts haben sich hinabgezogen vom Juni 1897 bis jetzt. Das Erkenntnis des Bezirksamtes schloß, welches die Versammlung des Polizeipräsidenten als gleichartig aufgehoben, ist schon am 26. November 1897 ergangen. Die Angelegenheit kam am Sonnabend noch nicht zum Austrag. Nach 5 1/2 stündiger Verhandlung sah das Oberverwaltungsgericht den Beschluß, die Entscheidung auszuheben und das Urteil den Parteien schriftlich anzugehen zu lassen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Essen ein holländischer Maurer zu 3 Monaten 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde der Bergmann Kleinwies aus Lützenort zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaiser hatte am 23. Mai den Hinterdiebenther auf Beche Hollern verurteilenden Vergleite sein tiefstes Verleide anzusprechen lassen. Dies wurde auf der Beche durch Anschlag bekannt gemacht. Kleinwies rief am Verleibungsstage in der Krankenzeit den Anschlag ab und äußerte sich dabei beleidigend über den Kaiser.

Ausland.

Frankreich. Kaufhof Eberhazy. Wie der Sozialmelde, überließ Major Eberhazy Sonntag nachmittag auf der Straße den Obersten Ricard und mißhandelte ihn mit Stockschlägen. Ricard, der sich zur Wehr setzte, wurde von den Umstehenden verhöhnt.

Schweiz. Im Kanton Aargau wurde am Sonntag bei der Volksabstimmung die Zulassung der Frauen als Rechtsanwältinnen mit 21 700 gegen 21 000 Stimmen genehmigt.

Krieg zwischen Spanien und Nordamerika.

Das spanische Geschwader im Hafen von Santiago ist am Sonntag vernichtet worden. Die Stadt hat sich, wie die neuesten Meldungen besagen, übergeben. Die spanische Flotte des Admirals Cervera, die im Hafen von Santiago eingeschlossen war, ist mit Ausnahme eines Schiffes an der Küste verbrannt worden.

Die Eroberung Santiagos bedeutet einen großen Erfolg für die Amerikaner. Aber der Krieg ist damit noch nicht zu Ende. Wie aus Madrid gemeldet wird, erwirkte der spanische Premierminister Sagasta auf die Frage, ob die Regierung nach der Einnahme von Santiago Friedensverhandlungen einleiten werde, „Niemals!“ und fügte hinzu, es blieben ja noch auf Cuba 100 000 Soldaten und Freiwillige, welche bereit seien, bis zu Baurland zu sterben. Die Kämpfe um Santiago haben den Amerikanern große Opfer gekostet.

Soziales.

Wegen Arbeiterlosigkeit. Mit größter Frechheit nehmen manche Unternehmer das Recht in Anspruch, nicht nur die Körperkräfte ihrer Arbeiter auszunutzen, sondern auch ihre Gesinnung zu beherrschen. Nach den Wahlen sind in Oberhessen viele Arbeiter entlassen worden, „wegen Arbeiterlosigkeit“. Diese Arbeiterlosigkeit hat darin bestan-

Infektionsgebäude
betragt für die sanitärem
Bezüge über deren Raum
10 J. für Wohnungs-
Bezugs- und Veranlagungs-
angelegen 10 J.
Im reaktionellen Teile
folgt die Seite 10 J.
Anzeige für die fällige
Nummer müssen fortsetzen
bis vormittag 10 Uhr in den
Expedition ausgegeben sein
Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 7601.

den, daß die Arbeiter sozialdemokratisch gemüht haben, während ihnen verboten war, für den Ultraranten zu stimmen. Manche oberheilige Unternehmer ist vielleicht wirklich so anmaßend, die Arbeitslosigkeit des „Befehls“ an die Arbeiter, ultrarantion zu wählen, für Arbeiterlosigkeit zu halten. Er ist eben an oberheilige Unternehmermanieren so gewöhnt, daß er gar nicht weiß, daß er sich mit jenem Befehle mit dem Gesetz in Widerspruch setzt. Von hoher Stelle in Berlin aus wird der große Unfug der Maßregelungen anscheinend sogar gebilligt; wenigstens hat ein oberheiliger Hüttendirektor nach seiner Rückkehr aus Berlin, wo er sich Information über die Maßregelungen gefolgt hat, die Verewaltung der Arbeiter noch schlimmer betrieben als vorher. Besonders erbitternd auf die Arbeiter wirkt der mit der Entlassung verbundene Verlust der Pensionenbeiträge. Einzelne Arbeiter sollen bis 600 M. und mehr verlieren; viele der Entlassenen wollen die Pensionenbeiträge als Vorauszahlung der Beiträge verlangen, in einzelnen Fällen müßten ihnen auch nach den Statuten dieser Kassen die Beiträge zurückgezahlt werden. — Wie beschämend tief steht doch in Deutschland die Männer von „Wohlfahrt und Bildung“!

Politikales und Gerichtliches.

Im 1. Jahr 8 Monaten Gefängnis wurde gestern Genosse Hugo Mühliger in Gera wegen Mißhandlung an der Beleidigung des verstorbenen Schulrektors Kühn verurteilt. Der Antrag auf sofortige Inhaftnahme wurde vom Gerichtshof abgelehnt.

Im 1. Jahre 8 Monaten Gefängnis wurde gestern der Mitglied des Zentralkomitees, den Genossen Anton. Fritzen und König, nach Sammelstellen geschickt. Gestanden wurde nichts. Dem politischen Vorhaben liegt der Verstoß zu Grunde, die Wahlleistungen des Wahlkomitees als eine unzulässige Kollekte zu beschreiben.

Streit gegen die Eten. Die Stadtkommission Sozialdemokraten wollten am Gedächtnistage Willenbergers, den Konventsgebäude in Jumbach, eine Gedenktafel anbringen. Das betreffende Gebäude wurde von der Gemeindevorwaltung besetzt, von der anderen Seite jedoch abgelehnt, wodurch das in seiner Arbeiter sozialdemokratisch geführte Arbeit und Meinung der Ordnungsgeliebenden vor großen Unheil bewahrt blieb.

Parteinachrichten.

Begrüßungswünsche zu den Wählern der deutschen Sozialdemokratie sind noch eingegangen aus Paris von unseren dortigen Parteigenossen, von der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Auslande und von der norwegischen Sozialdemokratie aus Christiania.

Auch im fünften Berliner Wahlkreise wird Protest erhoben werden gegen die Wahl des Freisinnigen Jwi.

Gestorben ist in Halberstadt der Parteigenosse Eduard Gebbel im Alter von 48 Jahren. Er hat namentlich für die Gründung der Tabakarbeiter Organisation eine Rolle gespielt, er war aber auch in der politischen Bewegung mit rastlosem Eifer tätig. Ehre seinem Andenken.

Gewerkschaftliches.

Die Wagbeurger Maurermeister haben an die älteren streikenden Maurer Buchstaben geschickt, in denen sie diesen mitteilen, daß die Bauten am Montag geöffnet sein würden. Wenn man nicht die Arbeit aufnehmen, werde durch fremde (italienische) Arbeiter ersetzt werden. Dieser Sachverhalt, so meint die Volksstimme, werde auf die Streikenden eine Wirkung verlagern. — Die auf den Bahnhöfen aufgestellten Boten der Streikenden wurden nicht und es wurde ihnen bedeutet, daß nach 8 des Gesetzes vom Jahre 1856 das Verbot, einen aus ein Streikenden gegen die öffentliche Ordnung zu betreiben und deshalb verboten sei. Wenn trotzdem noch Boten aufgestellt würden, sollten dieselben sofort hingerichtet und einen Tag in Haft behalten werden. Die Maurermeister haben ebenfalls Boten auf den Bahnhöfen aufgestellt, welche die streikenden Maurer empfangen sollen. Dieselben wurden nicht hingerichtet, Liebergenus war bei den Herren der Dinge nicht umsonst. Es fand sich niemand der Lust hatte, in Wagbeurger den „Arbeitswilligen“ zu spielen.

Vom Hamburger Baderstreik. Bis zum 1. Juli hatten 200 Arbeiter mit 680 Familien die Forderungen der Arbeiter her umgelegt. 400 Familien befinden sich noch im Auslande, die übrigen sind abgereist. Viele Baderinnen, deren Vorgesetzter die Forderungen nicht bewilligen, sind gänzlich geschieden. Die Streikleitung hat mehrere der Baderinnen erwidert, ein genügendes Gehalt auf den Markt werfen zu können; in diesen Tagen sind 20 Mann.

Der Arbeiterverband von Hamburg-Altona, der die Sache der Frauengemeinschaft in die Hand genommen hat, läßt in der Hand, Nachrichten eine Copie gegen die unbedingten Badergelehen „vom Stapel“. Zugleich der Forderung der Bader auf Abschaffung von Kost und Logis beim Arbeiter heißt es dort: „Werde das Wohnen beim Arbeiter mit der sich selbst dadurch ergebenden Mühsal über das Leben und Leiden der Familien das es vermocht, die Badergelehen von vielen Familien der ihnen einen gelassenen Geist und Körper zu bewahren. Für die Jüngeren ist die Art der Abschaffung ihrer Freiheit gerade ein Segen, für die Älteren, Vermittlung ihrer fällige Schranke, weil niemanden ein Haus da ist, wo er nicht hinüber mag. Für den Arbeiter aber heißt das Wohnen im Hause eine Art von Badergelehen, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ohne es zum Badergelehen nicht geht. Solange verkehrt aber ist die Abschaffung der Badergelehen im Arbeiterbunde. Hier-

wo die Frau, die die Besuche, Eier, Butter etc. kauft, den...
Darauf dient das Gant. Echo mit folgenden treffenden Bemerkungen:
"Nachdem Junungsmeister wäre die Aussicht über sein Leben und Treiben dienlicher als der Stellen..."

Die Erfurter Kravalle vor dem Schourgericht.
Erfurt, den 2. Juli.
(Schluß des dritten Verhandlungstages.)
Im weiteren führte Zeuge Polizei-Inspektor...
Zeuge Lehrer Karst hat sich auch am 27. Mai...
Der Zeuge Karst soll entlassen werden. Bert. Woppe glaubt, daß es vielleicht während des Prozesses notwendig sein werde...

nehmungen der Angeklagten über die Borgänge am 27. Mai...
"Ich will sagen, daß ich die Angeklagten...
"Ich habe mich nicht an dem...
"Ich habe mich nicht an dem...
"Ich habe mich nicht an dem..."

Der Staatsanwalt...
"Der Staatsanwalt bemerkt, daß er dann auch noch eine Reihe...
"Der Staatsanwalt bemerkt, daß er dann auch noch eine Reihe...
"Der Staatsanwalt bemerkt, daß er dann auch noch eine Reihe..."

Zeuge: "Ja wohl, er rief: 'Gaut ihn feil!'...
"Gaut ihn feil!...
"Gaut ihn feil!...
"Gaut ihn feil!..."

Lehens und Privatliches.
Halle a. S., 5. Juli 1898.
* In geschlossener Sitzung wurde gestern der Stadtverordneten-Versammlung Mitteilung gemacht von der beabsichtigten Anstellung des bisherigen Bureau-Hilfsarbeiters Emil Benzel als Assistent. Betreffender war bisher im Steuer-Bureau und in der Sparkasse thätig und ist zur Zeit in Stadtkassieramt beschäftigt. Wegen seiner Anstellung wurde Einspruch nicht erhoben.
* Zur Mannebewegung. In der Sonntags- Nr. des Volksblattes befand sich ein Inserat, durch welches tüchtige Manier nach Siebtschmidt, Braustraße 48, gesucht wurden. Wie uns mitgeteilt wird, geht dieses Inserat von...

Herrschen oder dienen?
Roman von R. Faustl.

43)
"Aber ich wußte bald, daß ich, wenn ich den Wünschen meiner Familie entgegen...
"Aber ich wußte bald, daß ich, wenn ich den Wünschen meiner Familie entgegen...
"Aber ich wußte bald, daß ich, wenn ich den Wünschen meiner Familie entgegen..."

selbst wenn ich, das Sie, sich nicht an diesen Mann verkaufen werden...
"Selbst wenn ich, das Sie, sich nicht an diesen Mann verkaufen werden...
"Selbst wenn ich, das Sie, sich nicht an diesen Mann verkaufen werden..."

begrüßt und dieses beglückte jede seiner Bewegungen. Er barockte...
"Begrüßt und dieses beglückte jede seiner Bewegungen. Er barockte...
"Begrüßt und dieses beglückte jede seiner Bewegungen. Er barockte..."

